

Stellungnahme zur Themendebatte « Finanzkrise » am 19.01.2009

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Mitglieder des Parlamentes und der Regierung,

Ich werde heute ganz besonders auf die politischen Handlungsmöglichkeiten eingehen.

Vor zehn Tagen, am 9. Januar 2009, hat in den Vereinigten Staaten der demokratische Kongressabgeordnete Dennis Kucinich eine bemerkenswerte Rede im Kongress gehalten. Zuerst hat er die Wirtschaftssituation beziffert: 10 M Arbeitslose, mit einer erwarteten Steigerung auf 12 M, einem Investitionsbedarf für öffentlich-rechtliche Infrastrukturmaßnahmen von 1,6 Billionen Dollar, welchen die Gemeinden und die Staaten aus Geldmangel nicht finanzieren können. Von Januar 2006 bis September 2008 ist die Anzahl von Insolvenzanträgen pro Tag von 1200 auf über 5000 angestiegen, von September 2007 bis September 2008 von 3500 auf über 5000. Hier zeigt sich, dass es sich bei der aktuellen Krise um ein tiefgreifendes Ertragsproblem der Unternehmen und nicht nur um einen vorübergehenden Liquiditätsengpass handelt. Dann hat er das 350 MRD Dollar teure Rettungspaket für die amerikanischen Privatbanken angesprochen, und die Tatsache angeprangert, dass die Banken das Geld nicht dafür einsetzten, damit die Menschen in den USA in ihren Häusern bleiben könnten oder dass die Unternehmen Kredite erhalten, sondern um andere Bankinstitute aufzukaufen. Im Grunde also die gleiche Situation, wie wir sie in Europa und in Belgien erleben.

Auch in Bezug auf das 2. Rettungspaket zur Konjunkturstärkung hat Herr Kucinich die gleiche Forderung gestellt, die auch an die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten gerichtet werden muss: Die Milliarden zur Stärkung der Binnenkonjunktur müssen tatsächlich in den Wirtschaftskreislauf gelangen, und sollten nicht in Form von Steuernachlässen dann angespart und gehortet werden können. Darüber hinaus versuchen die Zentralbanken und die Regierungen Unternehmen und Konzerne solvent zu machen, die es nicht mehr sind und es auch nicht mehr werden können, weil ihr Wirtschaftsmodell nicht mehr in die Zeit passt.

Herr Kucinich fordert nun, dass man die Wirtschaftbelange nicht länger den Banken überlassen kann. Die neo-liberalen, kapitalistischen Lehren, die einerseits den Staat seit Jahrzehnten verteufelt und andererseits die unsichtbare Hand des "freien Marktes" zum göttlichen Regler aller Probleme hochgejubelt haben, diese Lehren waren, so sagt er, zwar immer falsch, doch jetzt nach dem 350 MRD Dollar teuren Rettungspaket für die Banken in den USA, in Europa sogar 1000 MRD Euro, ist diese Irrlehre und die Unfähigkeit des privaten Sektors, sich um die Belange des Allgemeinwohls zu kümmern, für Jeden in der breiten Öffentlichkeit weithin sichtbar geworden. Wir wissen ja auch, dass es in der Ausbildung der Banker Nichts gibt, was sie besonders dafür qualifiziert, das Geschick der Menschheit zu führen.

Die Federal Reserve Banken in den USA, sagt Herr Kucinich, von denen die Bevölkerung glaubt, dass sie staatlich seien, sind so föderal wie die private Flugtransportgesellschaft „Federal Express“. Er fordert deshalb, dass die Geldschöpfung, welche jetzt überall auf der Welt zu 95% von den privaten Bankinstituten ausgeübt wird,

wieder vom Staat übernommen wird. Das fraktionale Reservesystem, welches es den Banken erlaubt mehr als 10-mal die Summe ihrer Spareinlagen als Kredit auszugeben, wäre dann beendet.

Die erste Frage, die in dem hier diskutierten Zusammenhang zu stellen ist, lautet: Wie entsteht Geld?

Im Allgemeinen antworten die Menschen: "Indem der Staat Münzen prägt und Banknoten druckt." Das stimmt, aber nur für 5% der gesamten Geldmenge. 95% der Geldmenge ist un- bares Geld, so genanntes Buchgeld, welches die privaten Geschäftsbanken in dem Augenblick erschaffen, in dem sie die Summe in den Kreditvertrag für einen Kunden eintragen. Somit hat also nicht der Staat, sondern haben die privaten Banken das wichtigste Hoheitsrecht.

Was geht dem Staat dadurch verloren, dass er nicht die Geldhoheit hat?

1. Die Möglichkeit die Geldmenge zu steuern und effektiv Inflation zu verhindern. Der Staat ist also jetzt einer inflationären Entwicklung durch das von den Banken, aus dem Nichts, geschaffene Buchgeld ausgeliefert.
2. Die Gewinne durch die Geldschöpfung gehen dem Staat verloren: Diese sind im Wesentlichen identisch mit den Sichtguthaben auf den Kundenkonten. In D. sind das 80 MRD Euro/ Jahr, in Europa 400 MRD €/ Jahr die den Staaten entgehen.
3. Hinzu kommen die Zinsen, die an die Banken zu zahlen sind, in Deutschland 70 MRD € in Belgien 17 MRD €/ Jahr.
4. Der Staat verliert auch die Möglichkeit über Kreditvergabe die Investitionstätigkeit beeinflussen zu können.

Es ist insgesamt zu einer dramatischen Schiefelage der Machtverteilung zwischen Staat und Banken gekommen.

Zwei Finanzwissenschaftler, Prof. Joseph Huber von der Universität Halle und James Robertson, ein langjähriger Regierungsberater und Direktor eines Forschungsinstituts der britischen Banken, haben in einer Veröffentlichung im Jahr 2008 unter dem Titel "Geldschöpfung in öffentlicher Hand – Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter" eine leicht durchführbare Lösung vorgeschlagen. Diese beinhaltet, ich zitiere:

"1. Die Zentralen Banken sollten nicht- bare Guthaben und Bargeld, in den von ihnen als notwendig erachteten Mengen, herausgeben und als öffentliches Einkommen an den Staat aushändigen. Buchgeld würde also dem Bargeld gleichgestellt und dürfte nur noch von der Zentralbank und nicht mehr von den privaten Banken geschaffen werden. Der Staat sollte das Geld dann durch Investitionen in Umlauf bringen.

2. Die Schaffung von neuem Geld in einer offiziellen Währung sollte für jeden anderen verboten und illegal sein. Privaten Geschäftsbanken wäre somit die Geldneuschaffung über Kredite, so wie es heute geläufig ist, verboten. Sie würden allerdings die Gewinne aus den normalen Bankgeschäften behalten, selbst wenn sie nun keine "Kredite aus dem Nichts" mehr vergeben können. Die Banken würden weiterhin, ohne Einschränkungen, jede Geschäftsart vornehmen können, die sie jetzt durchführen, z.B. die Verwaltung der Sichtguthaben und Transfers der Kundschaft, die Kreditvergabe aus dem existierenden

Geldbestand oder durch Umbuchung von ihrem eigenen Konto an Jeden, den sie als Kredit würdig ansehen, die Investitionen in Fonds und Aktien für ihre Kunden und für sich selbst und das Anbieten einer breiten Palette an finanziellen Produkten und Dienstleistungen.

3. Die Zentralbanken werden in regelmäßigen Intervallen entscheiden, wie viel neues Geld sie emittieren. Diese Entscheidung werden sie nach vorher schriftlich festgelegten und veröffentlichten Kriterien und Zielvorgaben treffen, und sie werden über ihre Entscheidung Rechenschaft ablegen müssen.

Aber, sie werden einen hohen Grad von Unabhängigkeit gegenüber der Regierung haben, so dass die Regierungen keinerlei Einflussmöglichkeit besitzen in Bezug auf die Höhe der zu emittierenden Geldmenge.

4. Das Geldsystem sollte als eine Fortentwicklung des Prinzips der staatlichen Gewaltentrennung organisiert sein. Es sollte die vierte Gewalt neben der ausführenden, der juristischen und der gesetzgebenden Gewalt sein.

“Dieser Vorschlag wird das sogenannte "fraktionale Reserve System" beenden.

Die heute überwiegende Form der Geldschöpfung durch private Banken, beraubt den Staat seines besonderen Vorrechtes.

5. Schließlich, jede Person oder Organisation, mit Ausnahme der Zentralbank, welche diese Unterscheidung nicht respektiert und welche selber neues nicht- bares offizielles Zahlungsmittel in ein Sichtkonto einbringt, werden der Geldfälschung für schuldig befunden, genauso als hätten sie falsche Banknoten oder falsche Münzen hergestellt und in Umlauf gebracht.“

Die Vorteile für das gesamte Finanzsystem wären unübersehbar. Quelle der folgenden Ausführungen ist eine Mitteilung von Dr. jur. Christian Sailer.

1. Der Staatshaushalt würde durch den jährlichen Zufluss des Geldschöpfungsgewinns, den bisher die Privatbanken einstecken, erheblich entlastet.
2. Die Banken wären nicht mehr in der Lage, die Geldmenge um ein Vielfaches ihrer Eigenkapitalsumme aufzublähen und auf diese Weise die Inflation anzukurbeln oder unsichere Kredite zu vergeben, wie das beispielsweise bei Millionen von Kreditnehmern in Amerika geschehen ist, die dann die Bankenkrise ausgelöst haben.
3. Würden sich die Banken übernehmen, dann wären die Konten ihrer Kunden nicht mehr gefährdet. Eine Insolvenz der Bank würde nur die Vermögenswerte der Bank selbst betreffen, und der Staat müsste nicht mehr als finanzieller Nothelfer auftreten um das Geld seiner Bürger zu retten und um das Bankensystem vor dem Umkippen zu bewahren. Es würde überhaupt nicht mehr leicht umkippen, weil die Banken übermäßige Kreditrisiken und riskante Spekulationen vermeiden müssten. Denn wer solche Risiken nicht mehr durch die Geldschöpfung aus dem Nichts finanzieren kann, sondern durch real existierendes Geld, wird solche Risiken von vorne herein meiden.

4. Die soziale Schieflage würde überwunden, die jetzt dadurch entsteht, dass die Banken hohe Geldschöpfungsgewinne und die Vermögenden hohe Zinseinnahmen einstreichen, während die Staatsschulden und die Sozialausgaben steigen.

Die öffentlichen und die privaten Haushalte würden von den Zinszahlungen auf neu geschöpftes Geld der Banken befreit. Diese Zinszahlungen erhöhen die Preise der Güter und Dienstleistungen im Durchschnitt um 30 bis 40%. Das heißt, wir zahlen ständig eine indirekte Steuer. Nur ist es eben so, dass in diesem Fall das Geld in private Taschen läuft.

Huber und Robertson schreiben:

“Eine schuldenfreie Geldmenge, eine niedrige Staatsverschuldung, ein besser ausgeglichener Staatshaushalt und eine niedrigere Steuerlast würden dazu beitragen, dass Unternehmer und private Haushalte über höhere Einkünfte verfügen und so eine breitere Vermögens- und Kapitalbasis aufbauen könnten. Dadurch würden sie unabhängiger von Subventionen, Sozialleistungen und Fremdkapital und könnten so besser für sich und andere sorgen.

Die Banken üben mit der Vergabe von Krediten aus dem Nichts, gemäß dem System der fraktionalen Reserve, eine Investitionskontrolle aus und haben damit eine Schlüsselposition bei der Verwendung des Geldes. Geldpolitische Entscheidungen aber, inklusive die Entscheidung über die Geldmenge, dürfen in einer freien und offenen marktwirtschaftlichen Ordnung eben nicht den Banken überlassen werden, sonst kommt es zu einer, die freie Wirtschaftsordnung beeinträchtigenden, Machtkonzentration.“

Und dann die Schlussfolgerung des Vorschlags von Huber und Robertson:

Der Beschluss, das Emittieren von offiziellem Geld als ein öffentliches Privileg zu deklarieren, wird nur eine einfache, jedoch grundlegende, Änderung im Gesetz erfordern.

Das wird am deutlichsten illustriert durch die Änderung, welche in den Statuten des Europäischen Systems von Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (EZB) notwendig wird.

Artikel 16 in diesen Statuten trägt den Titel **“Banknoten”**. Er beinhaltet derzeit folgenden Text:

“... der EZB-Rat hat das ausschließliche Recht, die Ausgabe von Banknoten innerhalb der Gemeinschaft zu genehmigen. Die EZB und die nationalen Zentralbanken sind zur Ausgabe von Banknoten berechtigt. Die von der EZB und den nationalen Zentralbanken ausgegebenen Banknoten sind die einzigen Banknoten, die in der Gemeinschaft als gesetzliches Zahlungsmittel gelten.”

Die geänderte Version würde den Titel tragen: **“Gesetzliche Zahlungsmittel”**, und würde folgendermaßen lauten:

“...Der EZB-Rat hat das ausschließliche Recht, die Ausgabe von gesetzlichen Zahlungsmitteln innerhalb der Gemeinschaft zu genehmigen. Gesetzliche Zahlungsmittel beinhalten Münzen, Banknoten und Sichtkontenguthaben. Die EZB und die nationalen Zentralbanken sind zur Ausgabe solcher Zahlungsmittel berechtigt. Münzen, Banknoten und Sichtkontenguthaben, welche von der EZB und den nationalen Zentralbanken emittiert bzw. ausgegeben wurden, sind die einzigen Zahlungsmittel, welche in der Gemeinschaft als gesetzliche Zahlungsmittel anerkannt sind.”

Man erkennt an dem Vorschlag von Huber und Robertson, wie leicht die EU-Mitgliedstaaten sich von der Ausbeutung durch die privaten Banken befreien können. Dazu braucht es lediglich den entsprechenden politischen Beschluss.

Bisher werden aber diese Feststellungen von unseren Regierungen ignoriert, obschon sie durch die dramatische Bankenkrise eine ungeheure Aktualität erhalten haben. Wenn sich die Regierenden bei ihren finanzpolitischen Entscheidungen von Großbankern beraten lassen und die entsprechenden Rechtsverordnungen von den Anwälten der Banken ausarbeiten lassen, kann man natürlich auch Nichts anderes erwarten. So wurde z.B. der Gipfel in Washington von dem Staatssekretär Jörg Asmussen vorbereitet, der noch vor wenigen Monaten den Handel mit all den Finanzderivaten empfohlen hatte, die zum internationalen Finanzmüll geworden sind. Und in Belgien muss man sich berechtigt fragen, ob eine belgische Regierung, an deren Spitze sich ein Mann befindet, der sich fragt, ob er seinen Vorstandsposten bei der Dexia-Bank aufgeben soll, und in der einflussreiche Minister ausgiebige Anstrengungen unternehmen, um das Vermögen der reichsten Belgier zu schonen und Mitglied in vielen Vorständen von privatisierten Unternehmen sind, ob also eine solche Regierung bereit ist, an dem Schuldgeldmissstand etwas zu verändern.

Anstatt über eine grundlegende Reform nachzudenken ist lediglich von mehr Transparenz und Regulierung die Rede, von mehr Aufsicht und einer gewissen Einschränkung allzu riskanter Geschäfte. **Soviel Oberflächlichkeit der Regierenden ist unverantwortlich.** Es ist dringend nötig, dass die politisch Verantwortlichen ein Gremium von finanzpolitischen **Fachleuten aller Denkrichtungen** einberufen, um sich fundierten Rat zu holen.

Und wir Bürger sollten, an Hand der Beschlüsse der politischen Entscheidungsträger und an Hand ihrer jeweiligen Parteiprogramme, kontrollieren, ob sie den Mut besitzen, den finanziellen Megamächten die Stirn zu bieten!

Bernard Shaw hat 1930 in dem Vorwort zu seinem Stück “The Apple Cart“ , in der deutschen Übersetzung “Der Kaiser von Amerika“ zum Thema “Demokratie“ bemerkenswerte Sätze geschrieben, ich zitiere einige Abschnitte: “...Außerdem herrscht der Konflikt nicht eigentlich zwischen dem Königtum und der Demokratie. Er besteht zwischen beiden und der Plutokratie, Herrschaftsform bei der die Macht von der reichen Oberschicht ausgeübt wird, die, nachdem sie unter demokratischen Vorwänden die königliche Macht durch reine Gewalt zerstört hat, auch die Demokratie gekauft und verschlungen hat. Das Geld redet, das Geld spuckt, das Geld beherrscht den Rundfunk, das Geld regiert.“ Und etwas weiter: “Wir müssen zwei voneinander untrennbare Hauptprobleme lösen: das ökonomische Problem, wie wir das zum Leben Notwendige

produzieren und verteilen, und das politische Problem, wie wir diejenigen auswählen, die uns regieren und wie wir sie daran hindern, ihre Macht in ihrem eigenen Interesse oder in dem ihrer Klasse zu missbrauchen.“ Und zum kapitalistischen System: “...das in der Produktion Wunder hervorbringt, aber auf so lächerliche und schreckliche Weise darin versagt, die Produkte auf vernünftige Weise zu verteilen oder so zu produzieren, wie es die soziale Notwendigkeit verlangt.“ Zitat-Ende. Man muss heute auch noch die ökologische Notwendigkeit hinzufügen.

Ich fasse zusammen:

Wenn wir einen massiven wirtschaftlichen Zusammenbruch in naher Zukunft verhindern wollen, dann müssen die Staaten wieder die Geldhoheit übernehmen. Das bedeutet, dass den privaten Geschäftsbanken die Geldschöpfung aus dem Nichts gemäß der fraktionalen Reserve verboten wird.

Die positiven Folgen für die öffentlichen und die privaten Haushalte sowie für die Unternehmen sind alles entscheidend. Große Milliardenbeträge, welche jetzt von den Geschäftsbanken kassiert werden, kommen dann dem Allgemeinwohl zu Gute.

Die gesetzgeberischen Veränderungen wären leicht auf EU- Ebene durch eine Abänderung der entsprechenden Artikel in den Statuten der EZB durchzuführen.

Wir, die Wählerinnen und die Wähler sollten kontrollieren, ob die politischen Entscheidungsträger gewillt sind, diese ganz entscheidende Veränderung vorzunehmen.

Ich schließe mit einem Zitat von Henry Ford aus dem Jahre 1921:

“If a State can issue a dollar bond, it can also issue a dollar bill“

Wenn ein Staat einen Staatsbon ausstellen kann, dann kann er auch einen Staatsschein als legales Zahlungsmittel ausstellen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Joseph Meyer
Für die VIVANT-Fraktion im PDG